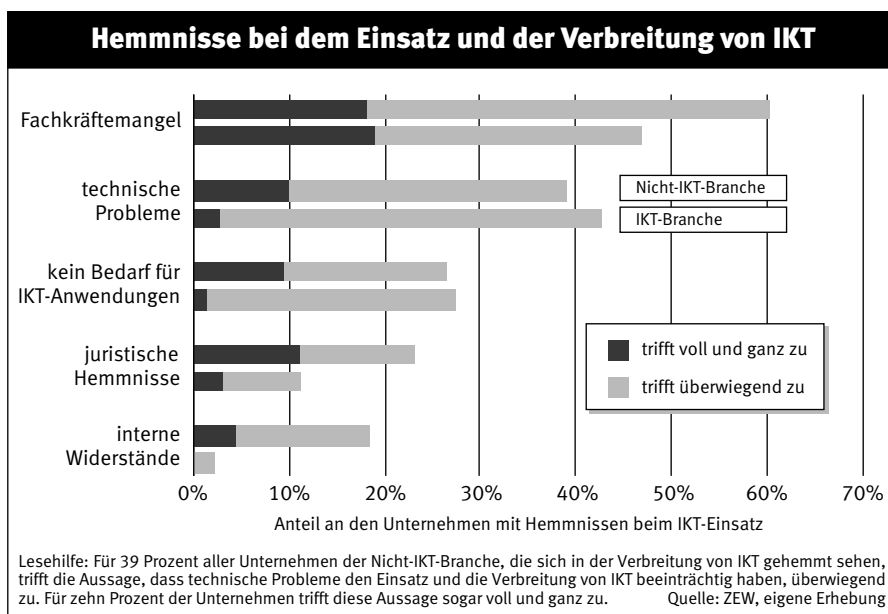


Fachkräftemangel beeinträchtigt die weitere Verbreitung von IKT

Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) hat in Deutschland in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Komplementäre Investitionen in Hard- und Software haben dazu geführt, dass der PC aus dem Berufsalltag nicht mehr wegzudenken ist. Eine aktuelle Umfrage von ZEW und infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft liefert ein repräsentatives Bild der Verbreitung von IKT in der deutschen Wirtschaft. Größtes Hemmnis für die weitere Verbreitung von IKT ist der Mangel an IKT-Fachkräften.



Ein Indikator für die Verbreitung von IKT ist der Anteil der Beschäftigten, die ihre Arbeit überwiegend an einem PC, einer Workstation oder an einem bei Banken oder Versicherungen häufig anzutreffenden Terminal erledigen. In Deutschland sind dies inzwischen 43 Prozent aller Beschäftigten. Die Banken und Versicherungen sind mit etwa 75 Prozent der Beschäftigten, die überwiegend mit PC, Workstation oder Terminal arbeiten, führend, gefolgt von den technischen Dienstleistern mit 68 Prozent. Erst an dritter Stelle stehen die Herstel-

ler von Hardware und IKT-Dienstleistungen (IKT-Branche), in der 62 Prozent der Beschäftigten überwiegend am PC arbeiten. Am unteren Ende bewegen sich das verarbeitende Gewerbe ohne IKT (etwa 35 Prozent) und der Einzelhandel ohne IKT-Händler (30 Prozent).

Die Banken und Versicherungen liegen hinsichtlich der IKT-Intensität noch vor der IKT-Branche, da die quantitativen Angaben der IKT-Branche von (an der Beschäftigtenzahl gemessen) großen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Wirtschafts-

zweigs Nachrichtenübermittlung dominiert werden. Im verarbeitenden Gewerbe erledigen insbesondere in der Produktion viele Mitarbeiter den größten Teil ihrer Arbeit nicht am PC. Betrachtet man hingegen allein den Wirtschaftszweig Datenverarbeitung und Datenbanken, so zeigt sich, dass dort gut 86 Prozent der Beschäftigten überwiegend am PC arbeiten, und somit deutlich mehr als in der Branche der Banken und Versicherungen.

Im Jahr 2000 verfügten gut 85 Prozent aller Unternehmen über einen Internet-Zugang. Der Internetzugang wird von 90 Prozent der Unternehmen zur Informationssuche und Kommunikation genutzt. Auch „online-banking“, die elektronische Abwicklung von Bankgeschäften über das Internet, hat sich stark durchgesetzt: 44 Prozent der Un-

In dieser Ausgabe

- Einsatz von IKT in Deutschland 1
- FuE-Förderung und Innovations-tätigkeit ostdeutscher Unternehmen . . . 2
- Teilzeitbeschäftigung in Deutschland . . . 3
- Einflussfaktoren auf das Unternehmenswachstum 4
- Wirtschaftspolitik aus erster Hand 5
- ZEW-Intern, ZEW-Termine 6
- Daten und Fakten 7
- Standpunkt 8

Forschungsergebnisse

ternehmen mit Internetzugang tätigen Bankgeschäfte auf breiter Basis. Für den Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen an private Endverbraucher (business-to-consumer, B2C) oder an andere Unternehmen (business-to-business, B2B) nutzen jedoch nur neun beziehungsweise zwölf Prozent der Unternehmen das Internet auf breiter Basis.

Ein Viertel der Unternehmen konnte 2000 seine Planungen für den Einsatz von IKT nicht vollständig realisieren. Vor

allem der Mangel an ausreichend qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern behindert die weitere Intensivierung des IKT-Einsatzes. Mit knapp 60 Prozent der Unternehmen sieht sich die Nicht-IKT-Branche stärker durch diesen Fachkräftemangel betroffen als die Unternehmen der IKT-Branche (47 Prozent). Weitere Hemmnisse sind technische Probleme sowie fehlende rechtliche Rahmenbedingungen, wobei Letzteres insbesondere im Kontext von E-Commerce-Anwen-

dungen eine Rolle spielen dürfte. Interne Widerstände im Unternehmen werden nur von wenigen Unternehmen als eine wirkliche Barriere für die weitere Intensivierung des IKT-Einsatzes angesehen. Gut ein Viertel der Unternehmen mit Hemmnissen bei Einsatz und Verbreitung von IKT-Technologien gibt an, dass für sie selbst überwiegend kein Bedarf für IKT-Anwendungen erkennbar ist. ◀

*Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de;
Helmut Fryges, fryges@zew.de*

Staatliche FuE-Förderung erfolgreich

Im Jahr 1998 hat der Bund die Forschung und Entwicklung (FuE) der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als vier Milliarden Mark unterstützt. Ein hoher Anteil dieser Mittel floss in ostdeutsche Unternehmen. So wurden im Durchschnitt in den Neunzigerjahren sechs von zehn innovativen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland bei der Entwicklung neuer Produkte oder Prozesse mit öffentlichen Geldern unterstützt. Ob und wie sich diese Fördermaßnahmen auf die FuE-Aktivitäten der ostdeutschen Unternehmen auswirken, untersucht das ZEW in einer aktuellen Studie.

■ Der ökonomischen Theorie folgend profitieren von Innovationen eines Unternehmens nicht nur das Unternehmen selbst, sondern auch weitere Mitglieder der Gesellschaft. Neben den privaten Erträgen wie etwa höheren Gewinnen durch innovative Produkte gibt es auch gesellschaftliche Erträge, die sich durch die Verbreitung der neu entwickelten Technologien ergeben. Sind allerdings die erwarteten privaten Erträge geringer als die Kosten der Durchführung der Innovation, kann es passieren, dass Innovationsprojekte gar nicht erst begonnen werden, selbst wenn sie gesellschaftlich wünschenswert wären. Daher regt der Staat Innovationen durch Subventionen an. Problematisch ist jedoch, dass im Falle der Subventionierung von FuE-Tätigkeiten die Unternehmen Anreize haben, öffentliche gegen unternehmenseigene Mittel zu substituieren. Damit würden die öffentlichen Mittel in so genannten Mitnahmeeffekten verpuffen, und die Subventionierung würde nicht zu einer Stimulation der FuE-Ausgaben führen. Ob dies auf die FuE-Förderung in Ostdeutschland zutrifft, hat das ZEW untersucht (ZEW Discussion Paper No. 01-10).

Für eine Evaluation der Innovationsförderung im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe sollten im Idealfall die subventionierten Unternehmen auch im Zustand der Nichtteilnahme an einem öffentlichen Förderprogramm beobachtet werden. Da ein Unternehmen nicht gleichzeitig gefördert und nicht gefördert werden kann, verwenden die ZEW-Wissenschaftler zur empirischen Analyse ein so genanntes Matching-Verfahren. Dabei sucht man für jedes geförderte Unternehmen einen „Zwilling“, der vergleichbare Charakteristika aufweist wie ein Teilnehmer, beispielsweise hinsichtlich Unternehmensgröße oder Wirtschaftszweig. Diese nicht geförderten „Zwillinge“ unterscheiden sich in den beobachtbaren Merkmalen nach dem Matching nicht mehr von den geförderten Unternehmen.

Für ihre Untersuchung benutzten die Wissenschaftler Firmendaten des Mannheimer Innovationspanels der Jahre 1994, 1996 und 1998. Insgesamt lagen Informationen zu 653 geförderten Unternehmen des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes vor.

Die durchschnittliche FuE-Intensität der geförderten Unternehmen, das heißt

die FuE-Ausgaben der Unternehmen in Relation zu ihrem Umsatz, liegt bei 3,8 Prozent. Die Kontrollgruppe erreicht einen Wert von lediglich 1,2 Prozent. Der Effekt der staatlichen Förderung beträgt also die Differenz von 2,6 Prozentpunkten. Das Ergebnis der Studie lässt sich gut an einem Beispiel illustrieren. Ein subventioniertes Unternehmen mit einem Umsatz von 100.000 Euro hätte im Durchschnitt 2.600 Euro weniger für FuE-Aktivitäten ausgegeben, wenn es nicht gefördert worden wäre. Ein weiteres Ergebnis ist, dass der Nettoeffekt der staatlichen Förderung mit der Unternehmensgröße variiert. Zwar ist der Effekt für alle Unternehmensgrößenklassen positiv, aber er wird mit zunehmender Größe geringer.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die öffentliche FuE-Förderung in Ostdeutschland nicht in Mitnahmeeffekten verpufft. Ob diese zusätzlichen FuE-Aktivitäten auch zu neuen marktfähigen Produkten oder zu kostenreduzierenden Prozessen führen, bleibt allerdings noch zu klären. ◀

*Matthias Almus, almus@zew.de;
Dirk Czarnitzki, czarnitzki@zew.de*

Forschungsergebnisse

Teilzeitbeschäftigung in Deutschland

In Deutschland bleiben noch immer viele Teilzeitwünsche unerfüllt. Würde man niederländische Arbeitsverhältnisse auf die deutsche Wirtschaft übertragen, zeigte sich vor allem bei Frauen ein erhebliches Teilzeitpotenzial. Bei den Männern ist Teilzeit dagegen wenig gefragt. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen ZEW-Studie.

■ Seit Januar 2001 haben Arbeitnehmer und -nehmerinnen in Deutschland einen Anspruch auf Teilzeitarbeit. Wie stark durch dieses neue Gesetz die Teilzeitquote erhöht werden kann, ist allerdings unklar, weil die Arbeitgeber auch in Zukunft den Wunsch nach einer Verkürzung der Arbeitszeit aus wichtigen betrieblichen Gründen ablehnen können.

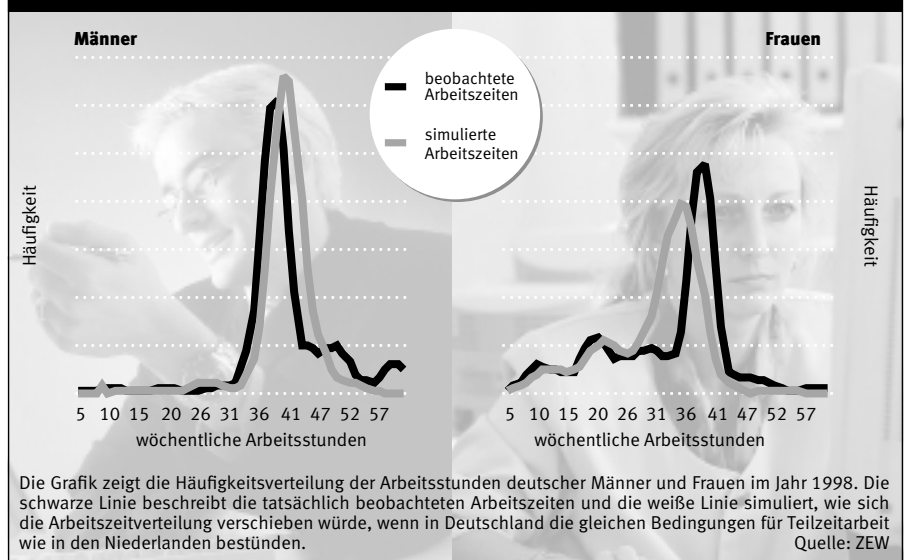
Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung beläuft sich das Potenzial der Beschäftigten, die in Deutschland dem neuen Gesetz entsprechend für eine Teilzeitbeschäftigung in Frage kämen, auf knapp 6,4 Millionen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass alle diese Beschäftigten auch tatsächlich eine Teilzeitarbeit aufnehmen können. Vielmehr werden auch in Zukunft beispielsweise hoch qualifizierte Manager oder Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie Probleme haben, ihre Arbeitszeit auf Teilzeit zu reduzieren.

Niederländische Verhältnisse für Deutschland unterstellt

Im Rahmen einer empirischen Studie, die das ZEW mit finanzieller Unterstützung der Thyssen-Stiftung durchführte, wurde unterstellt, dass in Deutschland bezüglich Teilzeitarbeit die gleichen Bedingungen gegeben seien wie in den Niederlanden. Dann wurde die sich hieraus ergebende Verteilung der Arbeitsstunden simuliert und die Veränderung gegenüber den tatsächlich beobachteten Arbeitszeiten analysiert. Dieses Vorgehen basiert auf der Annahme, dass die holländische Teilzeitquote unter ökonomischen Kriterien auch in Deutschland möglich ist.

Die Niederlande stellen für diese Analyse einen interessanten Referenzpunkt dar. Zum einen sind sie mit einer Teilzeitquote von über 45 Prozent die Nummer Eins in Sachen Teilzeitarbeit in

Teilzeit in Deutschland bei Simulation niederländischer Verhältnisse



Europa. Zum anderen weisen die institutionellen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts, was die Gewerkschaften sowie das Steuer- und Transfersystem betrifft, in Deutschland und den Niederlanden viele Gemeinsamkeiten auf. Da auch das Bildungsniveau oder der Haushaltskontext die Realisierungschancen der Arbeitszeitpräferenzen beeinflussen können, wurden internationale Unterschiede hinsichtlich dieser Merkmale ebenfalls berücksichtigt.

Bei den männlichen Beschäftigten in Deutschland führt die Simulation niederländischer Teilzeitarbeitsverhältnisse zu eher unerwarteten Ergebnissen. Während die meisten deutschen Männer im Jahr 1998 zwischen 37 und 40 Stunden arbeiteten, würden sie unter niederländischen Bedingungen sogar jede Woche noch etwa drei Stunden mehr arbeiten als bisher. Die Zunahme der Teilzeitquote würde bei den Männern zudem nur sehr gering ausfallen. Allerdings zeigt sich weiter, dass unter holländischen Bedingungen ein deutlicher Abbau von Überstunden möglich wäre. Dies hat zur Folge, dass trotz einer

leichten Erhöhung der regulären Wochenarbeitszeit die Zahl der von den Männern tatsächlich geleisteten wöchentlichen Arbeitsstunden im Durchschnitt nicht zunehmen würde.

Im Gegensatz zu den Männern sind die Ergebnisse für die Frauen, was die Inanspruchnahme von Teilzeit betrifft, viel eindeutiger. Während sich der Anteil an Teilzeitjobs mit weniger als 20 Stunden pro Woche kaum ändern würde, käme es bei den Teilzeitbeschäftigten zwischen 21 und 36 Stunden zu einem deutlichen Anstieg.

Insgesamt zeigt die Simulation niederländischer Arbeitszeitbedingungen für Deutschland, dass es ein bisher ungenutztes Potential für zusätzliche Teilzeitarbeit gibt. Ob sich dieses Potenzial realisieren lässt, hängt in erster Linie von der Einschätzung deutscher Unternehmen ab, inwieweit durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Schaffung von Teilzeitarbeit nicht nur Kosten entstehen, sondern aufgrund von Produktivitätseffekten auch Wettbewerbsvorteile geschaffen werden können. ◀

Elke Wolf, wolf@zew.de

Forschungsergebnisse

Was charakterisiert ein schnell wachsendes Unternehmen?

Das ZEW untersucht in einer aktuellen Studie, welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, dass ein Unternehmen hohes Beschäftigungswachstum verzeichnet, und ob der Einfluss dieser Faktoren zwischen Ost- und Westdeutschland variiert. Die Beantwortung dieser Frage ist von Interesse, da gerade diese kleine Gruppe der Unternehmen mit hohem Beschäftigungswachstum das Gros der neuen Arbeitsplätze schafft.

■ Die Analyse basiert auf Informationen zu etwa 2.000 originären Unternehmensgründungen der Jahre 1990 bis 1993, die in einer Telefonbefragung (ZEW-Gründerstudie) erhoben wurden. Bei der Bestimmung der Gruppe der schnell wachsenden Unternehmen wird in dieser Untersuchung der Schwerpunkt auf die durchschnittliche jährliche Beschäftigungswachstumsrate gelegt. Die zehn Prozent der Unternehmen mit der höchsten durchschnittlichen Beschäftigungswachstumsrate über einen Zeitraum von fünf Jahren zählen danach zu den schnell wachsenden Unternehmen.

In der empirischen Analyse kommt ein Probit Modell zur Anwendung. Anhand dieses Modells können Aussagen darüber getroffen werden, ob ausgewählte Charakteristika einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit haben, dass ein Unternehmen schnell wächst.

In Westdeutschland ist hohes Beschäftigungswachstum zum großen Teil auf unbeobachtbare Faktoren oder den Zufall zurückzuführen. Von den analysierten Faktoren haben lediglich die Unternehmensgröße zum Gründungszeitpunkt und die Qualifikation der an der Unternehmensgründung Beteiligten einen Einfluss auf die Wahrscheinlich-

keit, dass ein Unternehmen schnell wächst.

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland haben kleine Unternehmen vergleichsweise bessere Chancen, viel Beschäftigung aufzubauen. Dies bestätigt die Ergebnisse anderer empirischer Studien, nach denen kleine Unternehmen anfangs überdurchschnittlich stark wachsen müssen, um sich eine gesicherte Position am Markt zu erkämpfen. Westdeutsche Unternehmensgründungen, bei denen Gründerpersonen oder Unternehmensbeteiligte Professor sind oder über einen Dokortitel verfügen beziehungsweise einen Diplomabschluss oder Meistertitel haben, gehören häufiger zu den Unternehmen mit überdurchschnittlicher Beschäftigungsentwicklung.

Weitere Einflussfaktoren für ostdeutsche Unternehmen

In Ostdeutschland beeinflussen darüber hinaus weitere Faktoren das schnelle Beschäftigtenwachstum der Unternehmen. Ostdeutsche Unternehmen, die 1990 oder 1991 gegründet wurden, weisen eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf, schnell zu

wachsen als Gründungen in 1992 und 1993. Gleiches gilt für Unternehmen, die als Kapitalgesellschaft firmieren. Die spezielle Situation in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung führte dazu, dass sich für Unternehmen aus bestimmten Branchen große Wachstumspotenziale eröffneten. So profitierten etwa Unternehmen des Baugewerbes von der guten Baukonjunktur in den ersten Nachwendejahren. Nicht bestätigt werden konnte dagegen die Hypothese, dass junge Unternehmen, die in High-tech Branchen des verarbeitenden Gewerbes und des unternehmensnahen Dienstleistungssektors gegründet werden, eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, schnell zu wachsen.

Eine Beteiligung von anderen Unternehmen oder Personen an der Gründung und späteren Leitung des Unternehmens hat weder in Ost- noch in Westdeutschland einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, schnell zu wachsen. Somit scheint die Bereitstellung von Kapital und Know-how sowie Netzwerken mit Lieferanten oder Kunden durch beteiligte Unternehmen anscheinend keinen zusätzlichen Wachstumsschub auszulösen. ◀

Matthias Almus, almus@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ ZEW Wirtschaftsanalysen

Wunderlich, Gaby; Reize, Frank: *Frauen in kleinen und mittleren Unternehmen: Empirische Analysen zu Mittätigkeit und Selbstständigkeit*; Band 53, Nomos-Verlag, Baden-Baden.
Szczyzny, Andrea (Hrsg.): *Kreditrisiko-*

messung und Kreditrisikomanagement; Band 54, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

■ Discussion Papers

Wolf, Elke: *Comparing the Part-time Wage Gap in Germany and the Netherlands*, No. 01-18.

Czarnitzki, Dirk; Fier, Andreas: *Do R&D Subsidies Matter? Evidence for the German Service Sector*, No. 01-19.

Moch, Dietmar: *Price Indices for Information and Communication Technology Industries – An Application to the German PC Market*, No. 01-20.

Wirtschaftspolitik aus erster Hand

Wirtschaftsordnung und Grundgesetz

Angesichts der Weltläufigkeit des Kapitals, der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der Überalterung der Bevölkerung steht die Politik der Bundesrepublik vor einer Bewährungsprobe. Diese Auffassung vertrat die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Jutta Limbach, in einem Vortrag am ZEW. Diese Bewährungsprobe erfordere neue Problemlösungen und die Bereitschaft, alte Festschreibungen zu überdenken.



Prof. Dr. Limbach, bei ihrem Vortrag am ZEW.

Foto: GES

■ Limbach führte in ihrer Rede aus, dass das Grundgesetz keine Wirtschaftsordnung vorgebe. Aber obwohl sich die Schöpfer des Grundgesetzes nicht für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden und damit dem Gesetzgeber eine weit gehende Gestaltungsfreiheit eingeräumt hätten, sei diese Offenheit keine unbegrenzte. Wohl ermögliche sie dem Gesetzgeber, jede ihm sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Allerdings müsse er dabei die Rahmenbedingungen des Grundgesetzes beachten. Denn auf der einen Seite gebiete ihm die Sozialstaatsklausel die Korrektur zugunsten der sozial Schwachen. Auf der anderen Seite bildeten die im Grundgesetz geschützte Freiheit der Entfaltung der Persönlichkeit, der Berufswahl und der Koalition sowie die Garantie des Privateigentums Eckwerte der Wirtschaftsordnung.

Limbach vertrat die Meinung, dass die Offenheit des Grundgesetzes hinsichtlich der Wirtschaftsordnung ein Vorzug sei und keinesfalls ein Strukturfehler. Dies gelte nicht nur, weil sich in diesem Verfassungsrahmen das Konzept der sozialen Marktwirtschaft habe durchsetzen können. Der Vorzug offenbare sich vor allem in Zeiten sozio-ökonomischen Wandels, denn er ermögliche es, die Wirtschaftspolitik an veränderte gesellschaftliche Bedingungen anzupassen.

Über die Rolle des Staats in der Wirtschaft sei noch anlässlich jeder wirtschaftlichen Krise neu nachgedacht worden. Limbach ließ dahinstehen, welche Lehren aus den Erfolgen und Misserfolgen der konzertierten Aktion, die erstmals während der Rezession 1966/67 eingesetzt worden sei, heute für das Bündnis für Arbeit gezogen werden sollten. Der Sachverständigenrat zu Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung habe in seinem 1999 veröffentlichten Gutachten die damaligen Erfahrungen als wenig ermutigend erachtet. Statt der Wunschvorstellung nach im Konsens zu treffenden Entscheidungen nachzugeben, solle mehr Konfliktbereitschaft zur Durchsetzung einer als richtig erkannten Politik gezeigt werden. Limbach merkte an, dass es sich hier nicht nur um ein Durchsetzungsproblem, sondern auch um ein Zielproblem handele. Denn auf die Frage, welche Wirtschafts-

politik in der gegenwärtigen Situation die richtige sei, bestehe keine Einmütigkeit. Nicht einmal in der Diagnose der Ursache der Krise sei man sich einig.

Ernste Bewährungsprobe

Limbach betonte, es sei ein Vorzug des Grundgesetzes, dass es gleichermaßen die Freiheit wie die soziale Gerechtigkeit garantiere. Aber es sei zugleich das Dilemma der deutschen Verfassung, dass das Verhältnis beider Prinzipien zueinander alles andere als unproblematisch sei. Es lasse sich nicht ein für alle mal austarieren, denn jeder Wandel der sozio-ökonomischen Verhältnisse führe zur Rückkehr des Konflikts in die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Angesichts der Weltläufigkeit des Kapitals, der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der Überalterung der Bevölkerung stehe die Politik der Bundesrepublik vor einer ersten Bewährungsprobe. Diese erfordere neue Problemlösungen und damit die Bereitschaft, alte Festschreibungen zu überdenken. Dabei dürfe nicht aus dem Auge verloren werden, dass es die effektive Sozialpolitik gewesen sei, die den gesellschaftlichen Frieden und Wohlstand der Bundesrepublik mitbegründet habe. Die politische Auseinandersetzung stelle nicht nur die Fähigkeit der politischen Parteien auf den Prüfstand, Kompromisse zu finden und Mehrheiten zu bilden. Die alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte herausfordernde Zukunftsaufgabe sei zugleich eine Probe auf die Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik. In den kommenden Jahren werde sich erweisen, ob die Deutschen gelernt hätten, Krisen im Geiste produktiver Unruhe zu meistern, die das System nicht erschütterten, sondern fortbildeten. ◀

Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW-Intern

Fünftes Seminar „Personalentwicklung“ für Führungskräfte aus China

■ Bereits zum fünften Mal absolvierte eine Delegation aus China ein mehrmonatiges Qualifizierungsprogramm zur betrieblichen Personalentwicklung, die das ZEW in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) konzipiert und durchführt. Im Februar 2001 verabschiedeten beide Institute 15 Manager aus dem Reich der Mitte, die im Anschluss an diesen Teil des Programms ein zehnwöchiges Praktikum in einem deutschen Unternehmen begannen.

Die vom ZEW-Servicebereich Wissenstransfer & Weiterbildung konzipierten Programmmodule umfassen in erster Linie Elemente mit betriebs- und personalwirtschaftlichen Inhalten. Die Teilnehmer beschäftigten sich etwa mit Fragen und Problemen der Organisationsentwicklung, der Personalauswahl oder der Analyse des Weiterbildungsbedarfs.

■ NEU:

ZEW-Jahresbericht 2000

Der ZEW-Jahresbericht 2000 informiert umfassend über die Forschungsarbeit des Instituts im vergangenen Jahr sowie über seine Veranstaltungen und Seminare, Personal- und Finanzsituation im Jahr 2000.

Er kann über die Internetseite des ZEW (www.zew.de) abgerufen oder beim Vertrieb des ZEW bestellt werden (vertrieb@zew.de).



Am Ende eines Moduls erarbeiteten die chinesischen Manager Umsetzungsmöglichkeiten für das persönliche Arbeitsumfeld. Ergänzt wurden die einzelnen Module durch Besuche und Fragerunden bei Unternehmen wie ABB, AOK, BASF, Bosch, DaimlerChrysler und SAP.

Bei der Abschlussveranstaltung in den Räumen der DSE in Mannheim erhielten die chinesischen Führungskräfte aus den Händen von Dr. Heinz Bühler, Kurator der DSE in Bonn, Herbert Burk, Leiter der DSE/Zentralstelle für Gewerbliche Berufsförderung (ZGB) Mannheim, und ZEW-Direktor Ernst O. Schulze die Urkunden. Burk hob hervor, dass die Führungskräfte nach ihrer Rückkehr als Multiplikatoren dazu beitragen könnten, modernes Managementwissen in

Unternehmen in China anzuwenden und weiterzugeben. Auch Unternehmen der Rhein-Neckar-Region könnten von Kontakten mit Teilnehmern des Programms und Einsatzmöglichkeiten der Teilnehmer in Auslandsniederlassungen und Unternehmen profitieren. Ernst-O. Schulze, der im Qualifizierungsprogramm das Modul „Personalführung“ leitete, verwies auf die hervorragenden Bedingungen für die Durchführung derartiger Qualifizierungsprogramme für ausländische Führungskräfte am Standort Mannheim. Diese konnten aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit des ZEW, der DSE/ZGB und im Rhein-Neckar-Raum ansässiger, weltweit agierender Unternehmen aufgebaut werden. ◀

Barbara Hey, hey@zew.de

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren, 14. Mai 2001, ZEW-Gebäude.

Euro-up date: Noch ein halbes Jahr bis zur Bargeldeinführung des Euro, 21. Mai 2001, ZEW-Gebäude.

Zugang zu Informationen über das EU-Recht – Schwerpunkt Umweltrecht, 22. Mai 2001, ZEW-Gebäude.

Technologie- und Kompetenzrecherche im Internet, 22. Mai 2001, ZEW-Gebäude.

Finanzmarktökonomie Teil 1, 11./12. Juni 2001 · *Teil 2*, 5./6. Juli 2001, ZEW-Gebäude.

Verrrechnungspreise, 20. Juni 2001, ZEW-Gebäude.

■ E-Commerce

Medienpsychologie, 10. Mai 2001 · *Logistik*, 31. Mai 2001 · *Wettbewerbsanalyse*, 7. Juni 2001 · *Cyberlaw*, 21. Juni 2001 · *Marketing*, 28. Juni 2001 · alle ZEW-Gebäude

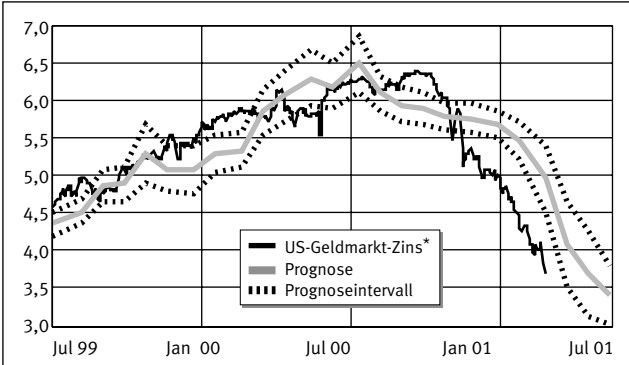
■ Informationen zu den Veranstaltungen

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen auch gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu. Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: pauli@zew.de

Daten und Fakten

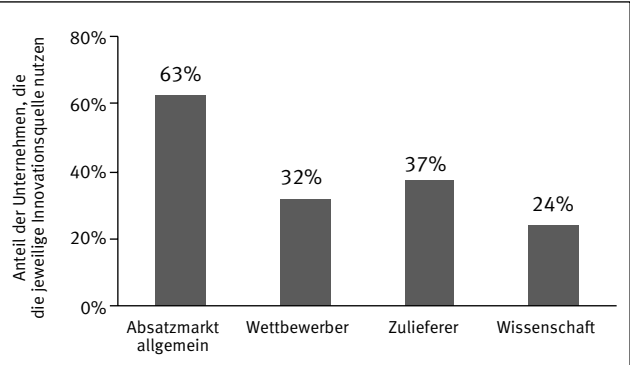
Finanzmarkttest im April: USA – Zinspolitik zeigt erste Wirkungen



Quelle: *Thomson Financial Datastream; ZEW

Erneut hat Alan Greenspan die Finanzmärkte überrascht. Mit einer solch deutlichen Zinssenkung zwischen den planmäßigen Notenbanksitzungen hat an der Wall Street kaum jemand gerechnet. Entsprechend deutlich stiegen die Aktienkurse. Die Aktionen der Zentralbank zeigen allmählich auch Wirkung in den Konjunkturerwartungen der Analysten, zumal mit weiteren Zinsschritten gerechnet wird. Prognostiziert wird für Juli ein Niveau von 3,4 Prozent bei den Dreimonatszinsen. Glaubten im Januar noch per Saldo 71 Prozent der Finanzexperten an eine mittelfristige Verschlechterung der US-Konjunkturlage, so liegt dieser Wert im April nur noch bei knapp sieben Prozent.
Felix Hüfner, hufner@zew.de

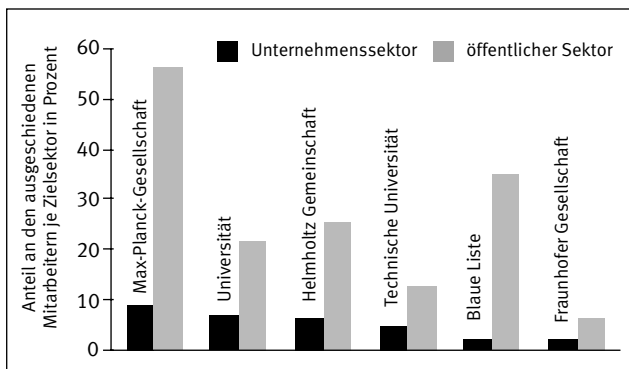
Fahrzeugbau von zentraler Bedeutung für das deutsche Innovationssystem



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1999

Der Fahrzeugbau nimmt im deutschen Innovationssystem eine zentrale Stellung ein. Seine Bedeutung resultiert unter anderem aus der starken Einbindung von Zulieferern in die Innovationsprozesse. So nutzten 37 Prozent der Innovatoren im Fahrzeugbau 1998 Zulieferer als Innovationsquelle. Umgekehrt gab etwa jedes sechste Unternehmen (16 Prozent) des verarbeitenden Gewerbes, das Produktinnovationen auf Grund von Kundenwünschen eingeführt hat, an, dass der Anstoß dazu aus dem Fahrzeugbau kam. Der Fahrzeugbau als überdurchschnittlich innovativer Sektor stellt damit gleichzeitig hohe Ansprüche bezüglich der Innovativität an seine eigenen Zulieferer.
Bettina Peters, b.peters@zew.de

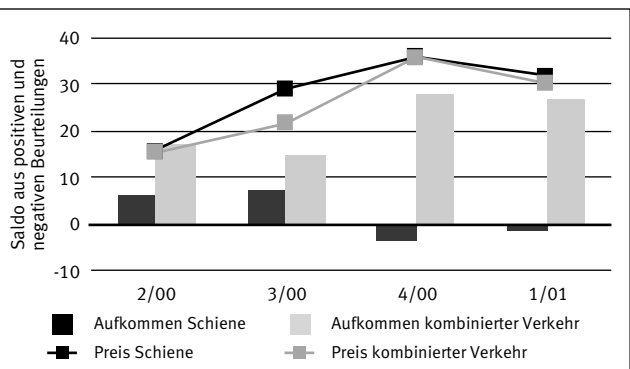
Das Ausland als Zielsektor des Personals öffentlicher Forschungseinrichtungen



Quelle: ZEW-Befragung „Interaktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft 2000“

Die Bedeutung des Auslandes für die Personalmobilität von öffentlichen Forschungseinrichtungen in den Unternehmenssektor und öffentlichen Sektor unterscheidet sich deutlich zwischen den Einrichtungen. Beschäftigte, die im öffentlichen Sektor bleiben, nehmen oft eine Stelle im Ausland an: Mehr als 50 Prozent der Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) wechseln in andere Länder. Bei Instituten der Blauen Liste sind es gut ein Drittel. Findet ein Wechsel in den Unternehmenssektor statt, bleiben mehr als 90 Prozent der Mitarbeiter in Deutschland. Die Mitarbeiter der MPG gehen auch in diesem Fall tendenziell öfter ins Ausland als die anderer Einrichtungen.
Dirk Czarnitzki, czarnitzki@zew.de

Steigendes Transportaufkommen im kombinierten Verkehr



Quelle: Prognos, ZEW

Obwohl die Experten des German Parcel TransportmarktBarometers von Prognos/ZEW im Jahr 2000 für Westeuropa ähnliche Preiserwartungen für den kombinierten Verkehr (KV) und den Schienengüterverkehr hatten, schätzten sie das Aufkommen der beiden Märkte unterschiedlich ein. Während der positive Saldo aus sinkenden und steigenden Beurteilungen im KV weiter stieg, schwenkte der des Schienengüterverkehrs vom leicht Positiven ins Negative. Die positive Entwicklung des KV dürfte zum einen auf dem steigenden Binnenschiffahrtsaufkommen, zum andern auf einer Verlagerung im Schienengüterverkehr vom Wagenladungsverkehr zum KV basieren.
Georg Bühler, buehler@zew.de



Klimaschutzpolitik

Ist die internationale Klimapolitik gescheitert? Zumindest steckt sie in ernststen Schwierigkeiten, und dies nicht erst seit der Ablehnung des Kioto-Protokolls durch US-Präsident Bush: „Ich werde keinen Plan akzeptieren, der der amerikanischen Wirtschaft und den amerikanischen Arbeitern Schaden zufügt“. Damit legt er unverblümt einen möglichen Zielkonflikt zwischen Klimaschutz und Beschäftigung offen, den einige Politiker und Vertreter ökologischer Bewegungen gerne vertuschen, indem sie allen möglichen „Dividenden“ das Wort reden. Nebenbei bemerkt wäre es reizvoll zu erfahren, wem er von denen aus dem Herzen gesprochen hat, die ihn jetzt in gespielter Empörung attackieren. Der „Hannemann, geh Du voran“ ist jedenfalls gefunden, und es steht zu befürchten, dass andere Länder nunmehr einen Vorwand besitzen, um aus dem Kioto-Protokoll wieder auszusteigen.

Die Öffentlichkeit ist kaum in der Lage, die Stichhaltigkeit der Erkenntnisse der Klimaforscher zu überprüfen, zumal es bei den Berechnungen eine Reihe von Unwägbarkeiten und auch vereinzelte Gegenpositionen gibt. Gleichwohl muss eine Strategie, die Warnungen der Klimaforscher nicht ernst zu nehmen und eine eher abwartende Haltung einzunehmen, als riskant bezeichnet werden. Denn wenn die Klimatologen Recht behalten, kommt uns eine Verzögerungstaktik später in Form von weltweit gigantischen und irreversiblen Umweltschäden sehr teuer zu stehen, insbesondere die nachfolgenden Generationen.

Die Umsetzung dieser Erkenntnis in praktische Politik ist außerordentlich schwierig. Dies ist spätestens bei den teilweise gescheiterten Kioto-Nachfolgekonferenzen sichtbar geworden, vor allem in Den Haag im vergangenen Jahr. Hier wurde wie auf dem Basar um Ausnahmeregelungen und Anrechnungen gefeilscht, und zwar nicht nur von den Vereinigten Staaten, die als größter Emittent der CO₂-Treibhausgase immerhin für rund ein Viertel (ein Drittel) der Emissionen der Welt (der Industrieländer) verantwortlich zeichnen.

Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, dass die Kosten einer aktiven Klimaschutzpolitik direkt sichtbar sind und jetzt und in der absehbaren Zukunft anfallen. Umweltschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben, er kostet in aller Regel Arbeitsplätze, wenn vielleicht auch nicht immer so viele, wie häufig befürchtet. Der Nutzen hingegen tritt mit Wahrscheinlichkeit und in Form vermiedener, also nicht wahrgenommener Schäden erst in Zukunft auf.

Wenig erstaunlich sind die meisten Länder schon den auf der Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro des Jahres 1992 eingegangenen Verpflichtungen nicht nachgekommen, ihren Ausstoß bis zum Ende des Jahrzehnts auf das Niveau des Jahres 1990 zu reduzieren. Zu den löblichen Ausnahmen gehört Deutschland, wobei neben allen aner kennenswerten Anstrengungen der Industrie der Niedergang ostdeutscher Industriezweige kräftig mitgeholfen hat („Wall Fall Profits“). Wenn jetzt noch ein größerer Emittent das Kioto-Protokoll nicht akzeptiert, Russland beispielsweise, dann wird die zum Inkrafttreten des Abkommens notwendige Anzahl der Länder mit mindestens 55 v.H. aller Emissionen der Industrienationen in 1990 nicht erreicht. War es das dann?

Wenn einige große Emittenten nicht mitmachen, ist die Klimaschutzpolitik vorerst gescheitert. Nationale Alleingänge stiften mehr Schaden als Nutzen. Das mag aus unserer Sicht bitter und sogar verantwortungslos sein. Aber man kann kein Land zwingen; es gibt keine benevolente Weltregierung. Mit guten Argumenten auch die Vereinigten Staaten zu überzeugen, die dem Vernehmen nach einer Verringerung der Treibhausgase nicht grundsätzlich abhold sind, und um Mehrheiten intensiv zu werben – mehr geht wohl nicht, aber auch nicht weniger.

Wolfgang Fran

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Fran

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher